

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	145
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	25.04.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	die Herren Arat und Weismann (asp Architekten), Köber (Koeber Landschaftsarchitektur), Frau zur Brügge, Herr Oehler (beide ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / fr		
Betreff:	Neuer Stadtraum B14: Chancen ergreifen - Antrag Nr. 267/2022 v. 17.08.2022 (PULS) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Zunächst berichten Herr Oehler und Frau zur Brügge im Sinne der Präsentation. Ergänzende Anmerkungen sind nachfolgend in zusammengefasster Form mit Verweis auf die jeweilige Foliennummer wiedergegeben.

Neben den allgemeinen Erfordernissen und verkehrlichen Voraussetzungen, die Herr Oehler anspricht (Folien 2, 3), berichtet Frau zur Brügge danach über die städtebaulichen Strategien (Folie 4). Dabei betont sie den Fokus auf eine integrierte Verkehrs- und Stadtplanung in einem iterativen Prozess. Das Eintreten für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sei inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Die Planung des neuen Stadtraums könne dazu Beiträge leisten, die es nunmehr zu diskutieren gelte, um gemeinsame Ziele zu formulieren. Die Mehrwertdiskussion stehe dabei im Vordergrund, und angesichts des Projektumfangs bedürfe es dazu einer phasenorientierten Prozessstruktur mit Zeithorizonten und vor allem dem Mut, den Diskurs zu den verschiedenen Aspekten zu beginnen, darunter auch Gespräche über Nutzungen entlang der Quartiere. Die Verwal-

tung empfehle daher eine horizontale, langfristige und vertiefte Planung in einem Prozess mit den Wettbewerbssiegern mit dem Ziel eines Gesamtkonzepts.

Sowohl Frau zur Brügge als auch Herr Oehler gehen im Anschluss auf weitere Ziffern des Antrags im Sinne der Präsentation ein (Folien 5 - 13).

Es folgen Ausführungen von Herrn Arat, der sich über den Impuls für dieses so wichtige Thema freut. Dabei gehe es in erster Linie um städtebauliche Aspekte wie die Wiedergewinnung von lebenswerter Stadtraum nicht nur entlang der heutigen B14, sondern auch um die Herstellung einer Vielzahl von Querverbindungen im Sinne einer besseren Erreichbarkeit der Innenstadt. Das sei ein wesentlicher Teil des Wettbewerbsbeitrags seines Büros gewesen, für den man entsprechende Vorschläge unterbreitet habe. Dabei betrachte man das Projekt in verschiedenen Sequenzen mit ihren unterschiedlichen Randbedingungen. Dieses Leitbild müsse nun drei Jahre nach dem Wettbewerb gestärkt und ein Prozess zur Umsetzung aufgesetzt werden, der insgesamt vorläufig auf zwei Jahre angesetzt sei, die Erarbeitung des Leitbildes auf ca. neun Monate. Es handle sich also um einen Weg in verschiedenen Abschnitten. Beispielhaft führt Herr Arat die Reduzierung des Verkehrs um 50 % an, die nicht von heute auf morgen möglich sei.

Dazu berichtet anschließend Herr Weismann. Auch er verstehe den Wettbewerbsbeitrag von asp Architekten als Leitbild, von dem aus sich sowohl Stadtgesellschaft als auch Politik auf den Weg machen müssten. In mehreren Vorgesprächen sei ein Prozessplan entwickelt worden, mit dem man versuche, auch Grauzonen zwischen den Polen von Vorgaben und Meinungen auszuloten und so die großen Chancen des Projekts zu ergreifen, das Verkehr, Stadtraum und Klima zusammenbringe und mit der Innenstadt umgehe. Anhand von Folien 16 und 17 legt der Vortragende den Prozess dar, der sich horizontal in Planungs- (grau) und Prozessebene (farbig) sowie vertikal in Phase 1 bis 3 aufteilt und an dessen Ende eine richtungsweisende Zieldefinition stehe. In der Planungsphase werde sowohl auf eine übergeordnete Ebene wie auch auf spezifische Vertiefungsthematiken eingegangen. Ebenso wichtig sei jedoch die Prozessebene unter Einbindung aller Beteiligten von Verwaltung (z. B. übergeordnete Workshops mit unterschiedlichen Ämtern) und Politik (Workshops, Information in den Gremien). Mit dem dann erarbeiteten Zielbild wolle man die Öffentlichkeit und ihre Anforderungen und Bedarfe zu den unterschiedlichen Abschnitten einbinden (Workshops zu Teilthemen).

Den klimatischen und Grünaspekt greift sodann Herr Köber auf. Betrachte man den heutigen Stadtraum B14, sehe man einen steinernen, unwirtlichen Ort. Diesen Eindruck wolle man mit vielen Bäumen, Grün und Entsiegelung verändern.

Ihren Dank für den Bericht äußern StRin Köngeter (PULS), StR Peterhoff (90/GRÜNE), StR Dr. Vetter (CDU), StRin Schanbacher (SPD), StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StR Serwani (FDP) und StR Dr. Mayer (AfD).

Die Abwesenheit des Oberbürgermeisters bei der heutigen Debatte über dieses wichtige Stadtprojekt bemängelt StR Rockenbauch.

Der dargestellte Prozessvorschlag findet mehrheitlich Anklang. StR Rockenbauch erinnert an eine von ihm bereits vor Jahren angemahnte Prozessstruktur, die ihm auch jetzt noch fehle, mit z. B. Angaben, welche Ämter in den Austausch eingebunden sind. StR Dr. Mayer vermisst eine Prämisse in der Prozessstruktur.

Das Gesamtkonzept sei in sich stimmig, konstatiert StR Dr. Vetter. Herrn Weismann dankt der Stadtrat explizit für seine Anregung, nicht zu polarisieren, sondern auch Zwischentöne auszuloten und den vielschichtigen Wünschen der gesamten Stadtgesellschaft Rechnung zu tragen. Des Weiteren stellt er klar, es gehe nicht um eine - seiner Ansicht nach unmögliche - Reduzierung des Verkehrs um 50 %, sondern um die Verkleinerung der Verkehrsfläche um die Hälfte. Herr Oehler hält es für schwierig, über Zahlen zu diskutieren. Die grundsätzliche Frage sei der Umgang mit den Flächen im Transformationsprozess und den Bedarfen für den gesamten Verkehr, auch für den des Umweltverbundes.

StR Rockenbauch wirft ein, man spreche leider von allen Verkehrsarten lediglich über das Auto und den City-Ring. Allein die Verkehrsflächenreduzierung am letzten verkehrsfreien Sonntag auf der B14 (Sperrung für 5 Stunden) habe funktioniert, obwohl sonntags lediglich 20 bis 30 % weniger Autoverkehr auf dieser Hauptachse anfalle. Er frage sich, wozu die Verkehrsuntersuchungen, Simulationen und Machbarkeitsstudien angesichts dieser empirischen Praxis und vorliegenden Beschlüsse dienen sollen. Er akzeptiere es nicht mehr, dass die Verwaltung mit der noch nicht novellierten Straßenverkehrsordnung (StVO) die Zielbeschlüsse bewusst unterlaufe und nicht das Gesamtsystem Autoverkehr betrachte. Das halte er für einen nicht akzeptablen behördlichen Schwergang, wendet er sich direkt an Herrn Oehler, BM Pätzold und BM Thürnau. Auf die Novellierung der StVO warte man schon lange, erwidert BM Pätzold. Gleichwohl existiere ein Rechtsrahmen, und dessen Anwendung obliege dem verantwortlichen Amt. Heute gehe es aber um die Planung, die anschließend zur Prüfung der Verkehrsbehörde vorgelegt werde. Das koste zwar Zeit, sei aber ein übliches Vorgehen für jedwedes Projekt und Grundlage für die weitere Arbeit. So müsse man sich ggf. entstehende Probleme durch Verkehrsverlagerung im Vorfeld anschauen. Bestätigend verwehrt sich Herr Oehler gegen die massive Kritik von StR Rockenbauch.

Bei seinen Ausführungen, sagt StR Schrade (FW), ziehe StR Rockenbauch die durch eine Straßensperrung entstehenden Umleitungen mit entsprechenden Staus nicht in Betracht. Außerdem sei die B14 "nicht der Nabel von Stuttgart".

Es bestehe wohl Klarheit, so StR Peterhoff, über die Heilung der viel zu großen Schneise in Form der heutigen B14. Ihm hätten in den Berichten die bereits gefassten Beschlüsse gefehlt, hinter denen eine breite Mehrheit des Rats stehe und auf die er mit der Verwaltung gern näher eingehen würde. Neben dem sicher nötigen Prozess brauche es Pilotbereiche, an denen man auch mit provisorischen Maßnahmen (Reallaboren) einsteige, um merklich und zügig Veränderungen umsetzen zu können. Dazu bitte er ggf. um Hinweise der Verwaltung, wenn der Gemeinderat (GR) unterstützend tätig werden könne, appelliert der Stadtrat mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt (DHH). Der von ihm neben der Oper, der Cannstatter Straße und Stuttgart-Süd erwähnte Wilhelmsplatz könne, so Herr Oehler, als Einzelprojekt zügig angegangen werden. Auch Reallabore ständen im Zuge des Gesamtprojekts mit Sicherheit an.

StR Dr. Mayer stellt fest, primär handele es sich um ein städtebauliches Anliegen, das aber den Verkehr keinesfalls vernachlässigen dürfe. Folge man den Plänen mit viel Begrünung und Stadtraum, müsse dieser weichen. Er rege die Prüfung der Verlegung eines großen Teils des Verkehrs in den Untergrund an.

Sie freue sich, so StRin Schanbacher, das Projekt heute auf der Tagesordnung vorzufinden. Es gehe um eine völlig neue städtebauliche Verbindung der Stadt und neuen

Lebensraum. Ohne eine verkehrliche Betrachtung jedoch gehe es nicht. Als ökosoziale Mehrheit habe man bereits konkrete Vorschläge dafür gemacht (Wilhelmsplatz autofrei, Fahrradspur von der Oper bis zum Gebhard-Müller-Platz usw.).

Die Bedeutung des Projekts und sein Mehrwert für die Stadtgesellschaft, so StRin Königeter, sei allen Beteiligten klar. Die Stadträtin geht auf einzelne Ziffern des Antrags ihrer Fraktionsgemeinschaft ein:

Ziffer 4 - Tunnelumbau

Es stelle sich ihr die Frage, ob und was für eine mögliche Nachnutzung als Logistik-Hub bereits jetzt berücksichtigt werden müsse. Ein solcher Hub, antwortet Herr Oehler, sei ein eigenes, großes Projekt in dem Gesamtvorhaben, das in den späteren Planungsprozess gehöre.

Ziffer 5 - Haus für Film und Medien (HFM)/Neue Mitte

Eine (mündliche) Beauftragung für eine kurzfristige Planung bereits heute sei nicht nötig, da das HFM und die Neue Mitte Teil des Gesamtpaketes seien, beantwortet Frau zur Brügge eine dahingehende Frage von StRin Königeter.

Ziffer 6 - Wolframstraße

Die Frage der Stadträtin nach einem Ausbau der Wolframstraße gegenüber ihrem heutigen Umfang verneint Herr Oehler. Die Straße werde lediglich umgebaut.

Ziffer 7 - kurzfristige stadträumliche Verbesserungen Stuttgart-Süd

Sie wünsche sich Gespräche mit dem Bezirksbeirat über die Thematik von Reallaboren, um probeweise Verbesserungen zu erreichen.

Ziffer 8 - Brandschutz an Stadtbahn-Haltestellen

Die Verwaltung bestätigt auf Nachfrage von StRin Königeter, dass die jeweils anstehenden Brandschutzaufgaben mit dem Wettbewerbsergebnis abgeglichen würden.

Ziffer 10 - Mittelanmeldung für den DHH 2024/25

Die Mittelbeantragung erfolge durch die Verwaltung, antwortet diese auf die entsprechende Nachfrage von StRin Königeter.

Nachdem die Darstellung des geplanten Prozesses in der Präsentation kaum leserlich sei, bitten StR Serwani und StRin Königeter um Übermittlung einer pdf-Datei. Des Weiteren möchte StRin Königeter noch keine abschließende Meinung zur Empfehlung der Verwaltung abgeben, keinen eigenen Unterausschuss für das Projekt einzusetzen. Hingegen kann sich StR Peterhoff durchaus vorstellen, dem Weg der Verwaltung zu folgen. Dem schließt sich StR Dr. Vetter an, zumal einschlägige Beratungen im Rat nur sukzessive und in längeren Zeitabständen nötig würden. Auch StR Serwani betont, man müsse zunächst wissen, was in welcher Form geplant und wie das umgesetzt wird. Die Dauer des Prozesses von zwei Jahren können StR Peterhoff und StRin Königeter gut nachvollziehen, wenngleich die bereits verlorene Zeit ärgerlich sei, meint Letztere wie auch StRin Schanbacher. Gleichwohl begrüßt diese die Möglichkeit, an einigen Punkten bereits jetzt mit der Umsetzung einzusteigen, so z. B. mit einer hoffentlich ampelfreien Radwegeverbindung. Mittel- und langfristig sei die Prozesssteuerung mit einem klar definierten Ziel jedoch von enormer Bedeutung. Man dürfe nicht Fakten schaffen, mit denen man sich das Morgen schon heute verbaue, mahnt die Stadträtin. Auch plädiert sie dafür, die Wettbewerbsgewinner kontinuierlich in den Prozess einzubinden und un-

terstützt damit die Ausführungen von Herrn Weismann. Sie interessiere das weitere Verfahren, wendet sie sich an die Verwaltung. Dem schließt sich StRin Köngeter an - die heute vorgeschlagene Prozessstruktur sehe sie noch nicht als gesetzt an. Zunächst, merkt Frau zur Brügge an, müsse bei einem positiven Votum des Rates die Bürogemeinschaft beauftragt werden. Auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs eines Prozessschemas werde ein Leistungsbild mit den verschiedenen Bausteinen erarbeitet (langfristige Planung, Reallabore, Vertiefungsbereiche), erneut im STA präsentiert und im besten Fall vor der Sommerpause beschlossen, sodass die Arbeitsgemeinschaft im Herbst mit ihrer Arbeit beginnen könne. Letzteres sagt auch der Vorsitzende zu. Auf die Frage von StR Puttenat (PULS), welchen Baustein die Bürogemeinschaft als Auftakt sehe, nennt Herr Köber den Bereich um den Charlottenplatz und Wilhelmsplatz mit den größten Projekten für die Vernetzung. Herr Arat bekräftigt diese Aussage. Auch mit Blick auf die IBA'27 sei besonders an den Stellen die Definition von Zwischenschritten hin zum Ziel nötig.

Zusammenfassend meint StR Peterhoff, der STA stehe seiner Ansicht nach hinter dem Prozess, und er danke der PULS-Gemeinderatsfraktion für ihren impulsgebenden Antrag. Die Umgestaltung der B14 sei ein Prioritätsprojekt, das man auch als solches zügig angehen wolle. Dafür wolle der STA in der heutigen Ausschusssitzung gerne das Go geben. Jetzt müsse noch entschieden werden, wie der GR einbezogen und die Gremien besetzt werden.

Im Verlauf der Aussprache ergibt sich eine lebhafte Diskussion zu den fehlenden Personalkapazitäten, hauptsächlich bedingt durch eine Befristung von einschlägigen Stellen. StRin Köngeter bedauert, dass die Verwaltung im Rahmen des Kleinen Stellenplans die Notwendigkeit der Entfristung der vorhandenen Stellen nicht kommuniziert hat. Sie hoffe, die Entfristungen im nächsten Doppelhaushalt (DHH) mit einer Mehrheit nachholen zu können. StR Peterhoff stellt sich die Frage, welche der dargelegten verkehrlichen Untersuchungen in welcher Tiefe angesichts des Personalmangels tatsächlich notwendig sind. StR Rockenbauch kritisiert deutlich, dass der Rat jetzt erst über die Befristung der Stellen informiert werde, und das, obwohl bereits vor vier Jahren beschlossen worden sei, Stellen eben nicht mehr befristet auszuschreiben. Er wolle wissen, wer in der Verwaltung dafür verantwortlich ist, dass Beschlüsse nicht umgesetzt werden. Im Übrigen bestehe er auf eine sofortige Einstellung einer angemessenen Anzahl von Ingenieuren für den Straßenbau, wendet er sich an BM Thürnaeu. Betrachte man den Klimawandel und die jüngsten, düsteren Prognosen und Entwicklungen (1200 tote Kinder täglich durch den Autoverkehr), laufe man in Stuttgart auf eine tödliche Situation zu. Vor dem Hintergrund könne man es sich nicht leisten, solche Projekte in der Versenkung der Verwaltung verschwinden zu lassen. Herr Oehler reagiert darauf mit dem Hinweis auf den langen Prozess allein der Schaffung von Stellen unter Beteiligung mehrerer Behörden. So hänge die Befristung von ausgeschriebenen Stellen von den Vorgaben des Haupt- und Personalamts ab. Entfristungen seien nur nach Ablauf der Befristung mit dem Nachweis einer gleich dotierten Anschlussstelle im Amt möglich. Er hoffe, Anfang 2024 nach Entfristung tatsächlich erfolgreich ausschreiben zu können. Daraufhin führt der Vorsitzende aus, für zahlreiche weitere Projekte der Stadt werde Personal benötigt, der Markt gebe dieses jedoch nicht her. Hinzu komme der fehlende Platz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Gesamtproblematik könne nicht auf Zuruf und müsse an anderer Stelle gelöst werden. Teilweise müsse man eine einzige Stelle bis zu sechsmal ausschreiben. In der Konsequenz sei eine Überlegung nötig, Projekte zu priorisieren. Dabei sei das vorliegende Projekt zentral, jedoch nicht einfach zu lösen, und es werde sukzessive und Schritt für Schritt gelöst. Dazu gebe es im Übrigen auch

einen Mehrheitsbeschluss des Rats. Beispielhaft führt BM Pätzold die Diskussion über mehr öffentlichen Raum an der Oper auf. Zusammengefasst müsse ein kilometerlanger, öffentlicher Raum mit großen Schnittstellen angegangen werden, was letztlich nur in einem Prozess geschehen könne. Herr Arat bestätigt, nicht alles könne parallel umgesetzt werden, sondern es müsse eine Priorisierung nach genauer Überlegung erfolgen. Nicht nur die Verkehrsbeeinflussung müsse betrachtet werden; man müsse auch schauen, welche Teilpakete einen tatsächlichen Mehrwert haben und diese dann vertieft bearbeiten. Dafür habe sein Büro ausreichend Kapazitäten, beantwortet er eine Frage von StR Dr. Vetter. So könne man auch in der Prozessbegleitung einen Beitrag leisten, bestätigt er eine entsprechende Äußerung von Herrn Weismann. Zudem stellt er die Öffentlichkeitsarbeit für das Gesamtprojekt in den Raum, die ggf. auch für mehr Interesse bei Bewerber*innen für die zu besetzenden Stellen sorgen könne. StRin Schanbacher hofft, das Projekt im Rahmen des Klimaaktionstages der Stadtgesellschaft wieder in Erinnerung bringen zu können.

StR Rockenbauch möchte den Verwaltungsausschuss (VA) und die Verwaltung kurzfristig beauftragen, zwei Stellen unbefristet auszuschreiben. StRin Schanbacher ergänzt, weitere Stellenbedarfe sollten im Vorgriff auf den Stellenplan gemeldet und mit beschlossen werden. Frau zur Brügge konkretisiert, es seien jeweils eine Stelle Städtebau und Verkehrsplanung im letzten DHH befristet genehmigt, aber aufgrund der Befristung bis heute nicht besetzt worden, was der Vorsitzende bestätigt. Beide Stellen, ergänzt Herr Oehler gegenüber StR Rockenbauch, seien in Entgeltgruppe 13 angesiedelt. BM Pätzold ergänzt, wegen der Befristung könnten die Stellen nicht besetzt werden. Gleichwohl habe man mit der Planung bereits begonnen, führt er anhand der Beispiele Oper, B14/Cannstatter Straße/Kanalsanierung, HFM/Mobility Hub) aus. Letzteres sei besonders kompliziert, weil dafür ein Baufeld freigemacht und eine Baustelle eingerichtet werden müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt ab.

BM Pätzold stellt fest:

Es ist der Wunsch des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik, die beiden zu besetzenden Personalstellen zügig zu entfristen. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung in Gespräche mit den Verantwortlichen gehen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Vorschlag zum weiteren Prozess und Vorgehen Kenntnis genommen, sodass die Verwaltung auf dieser Grundlage die notwendigen Schritte veranlassen kann.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem mündlichen Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Klemm / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
Stabstelle-Klimaschutz
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. BVin Mitte
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. *Fraktion FW*
 8. (AfD)
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand